

# Vernehmlassung zu den Landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2018-2021

## Consultation sur les enveloppes financières agricoles 2018-2021

### Consultazione sui limiti di spesa dell'agricoltura 2018-2021

Organisation / Organisation / Organizzazione	up! (Unabhängigkeitspartei)
Adresse / Indirizzo	info@up-schweiz.ch Zugerstrasse 76b CH-6340 Baar
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	20.01.16

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Mattenhofstrasse 5, 3003 Bern oder elektronisch an [schriftgutverwaltung@blw.admin.ch](mailto:schriftgutverwaltung@blw.admin.ch).

**Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.**

Merci d'envoyer votre prise de position, par courrier, à l'Office fédéral de l'agriculture, Mattenhofstrasse 5, 3003 Berne ou par courrier électronique à [schriftgutverwaltung@blw.admin.ch](mailto:schriftgutverwaltung@blw.admin.ch). Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. **D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Mattenhofstrasse 5, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica [schriftgutverwaltung@blw.admin.ch](mailto:schriftgutverwaltung@blw.admin.ch). **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

**Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:**

Der erläuternde Bericht zur Vernehmlassung betreffend AP 2018-21 schildert kompetent die Ausgangslage, jeweils aus einer internationalen und aus einer nationalen Perspektive. Nachstehend zur Illustration einige wichtige Erkenntnisse aus dem Bericht:

- Seite 2: *«Eine Evaluation der Schweizer Agrarpolitik durch die OECD kommt zum Schluss, dass das nach wie vor hohe Niveau des Grenzschutzes und der Direktzahlungen zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten führt. Das hohe Stützungs niveau hat zur Folge, dass die Landwirte die Preis- und Marktsignale bei ihren Entscheidungen zu wenig berücksichtigen.»*
- Seite 16: *«So empfiehlt beispielsweise die OECD, die agrarpolitischen Massnahmen zukünftig (auch nach der AP 14-17) noch expliziter auf einzelne Ziele auszurichten und das Stützungs niveau insgesamt zu reduzieren. Es ist davon auszugehen, dass im Zeithorizont bis 2025 weitere Schritte beim Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse im Agrarbereich erfolgen werden.»*
- Seite 6: *«Agrarpolitisch hoch gehaltene Produzentenpreise sind ein Risiko, da ein geringerer Anreiz besteht, sich auf die effektiven internationalen Marktentwicklungen auszurichten und die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit zu verbessern.»*
- Seite 6: *«Die Verschärfung der Wettbewerbsverhältnisse im Agrar- und Lebensmittelbereich aufgrund der Frankenstärke bedingt, dass die Land- und Ernährungswirtschaft ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessert. Dazu sind erstens die Kosten weiter zu senken, um auf der preislichen Ebene gegenüber den ausländischen Konkurrenten nicht weiter ins Hintertreffen zu geraten.»*
- Seite 8: *«Im internationalen Vergleich ist die Intensität der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz relativ hoch. Sie liegt teilweise über dem für die Ökosysteme tragbaren Niveau; entsprechend werden die natürlichen Ressourcen belastet.»*

Der Vernehmlassungsbericht enthält auch zu aktuell in der Pipeline befindlichen Volksinitiativen wichtige und richtige Klarstellungen, die insbesondere aufzeigen, dass dem Grundanliegen der Ernährungssicherheit mit einem protektionistischen Ansatz nicht gedient wird, ganz im Gegenteil. Deren Umsetzung im Geiste der Initianten würde die Stellung der auf Nahrungsmittelimporte angewiesenen Schweiz im weltweiten Handelssystem beeinträchtigen und den internationalen Austausch erschweren. Dazu der Vernehmlassungsbericht:

- Seite 9: *«Ein guter Zugang zu den internationalen Agrarmärkten und ein breit abgestütztes Portfolio von Herkunftsländern bleiben für die Sicherstellung der Ernährungssicherheit auch künftig wichtig.»*
- Seite 10: *«Der Bundesrat erachtet eine stärkere Vernetzung zwischen den Agrar- und Lebensmittelmärkten der Schweiz und der EU weiterhin als sinnvoll.»*
- Seite 9: *«Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO), der Abschluss von Freihandelsabkommen und der durch die bilateralen Verträge gesicherte Zugang zum EU-Binnenmarkt sind, neben der Marktöffnung im Rahmen der Schweizer Binnenmarktpolitik, Hauptinstrumente der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Da die Schweiz nach wie vor einen hohen Grenzschutz bei landwirtschaftlichen Produkten aufweist, ist sie in diesem Bereich besonders gefordert. Es ist deshalb angezeigt, diesbezüglich eine vorausschauende und tragfähige Strategie zu entwickeln.»*

Auffallend ist jedoch, wie wenig konsequent die Verknüpfung der Hauptideen aus der Analyse der Ausgangslage mit der konkreten Gestaltung der Agrarpolitik angegangen wird. Von einer «vorausschauenden und tragfähigen Strategie» ist ausser wohlklingenden Floskeln bisher nichts zu sehen. Man hat den Eindruck, der staatlich umsorgte Agrarsektor führe ein von internationalen Entwicklungen, ökonomischen Einsichten und agrarpolitisch relevanten Grundtatsachen weitgehend abgekoppeltes Eigenleben, und sobald von aussen Ungemach drohe, springe der Staat stützend ein. Das Parlament und wahrscheinlich auch die schlecht informierte Bevölkerung wollen es offenbar so haben, und das WBF mit seiner Agrarbürokratie muss den Spagat zwischen Erkenntnis und politischen Vorgaben aus einer kleinräumlich bestimmten innenpolitischen Nabelschau perspektive bewältigen. Da die Agrarschutz-Lobby inzwischen, mit unterschiedlichen Motiven, quer durch alle Parteien geht, wird sich am tiefen Graben zwischen ökonomischer Vernunft und politischer Rationalität höchstens auf äusseren Druck etwas ändern.

**Bemerkungen zu einzelnen Kapiteln / Remarques par rapport aux différents chapitres / Osservazioni su singoli capitoli**

<b>Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina</b>	<b>Antrag Proposition Richiesta</b>	<b>Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni</b>
2.3.1, Seiten 17-18	Senkung der Agrarproduktion um mindestens 20 Prozent durch Absenkung des Schutz- und Stützungs niveaus	Das Ziel wirklicher Nachhaltigkeit wird nicht über eine maximale Intensiv-Produktion mit teilweise absurd hohen Selbstversorgungsgraden in der besonders umweltbelastenden Milch- und Viehwirtschaft erreicht, im Gegenteil. Auch die Ernährungssicherheit kann durch die gegenwärtige umweltbelastende «kriegswirtschaftliche» Produktion gefährdet werden.
2.3.2.1, Seite 22	Massiver genereller Abbau der Agrarbürokratie	Die vorgesehene Übung zur Reduktion des administrativen Aufwands nach dem üblichen Muster unter Einbezug aller betroffenen Akteure wird wieder die altbekannte eidgenössische Reform-Maus gebären. Der «unternehmerischen Entfaltung der Betriebe» wird damit nicht gedient.
2.3.2.2, Seite 23	Genereller massiver Abbau des Zollschatzes in Vorwegnahme internationaler Entwicklungen	Die «flexibel gestaltete Reduktion des Zollschatzes im Falle steigender Weltmarktpreise» ist kein Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, da der preisliche Konkurrenzdruck unverändert bleibt.
3.1.2, Seite 27	Keine	Die Tatsache, dass sich die Ausgaben des Bundes pro Betrieb in den vergangenen 13 Jahren um etwa 15% erhöht haben, ist der zahlenmässige Ausdruck der Agrarpolitik: Es geht praktisch ausschliesslich um Einkommenssicherung für die bestehenden Akteure. Der ganze Rest unter dem diffusen Schlagwort «Multifunktionalität» ist beschönigende Beilage.
3.4.1.3, Seite 36	Abschaffung von zinslosen Darlehen	Mit zinslosen Darlehen werden generell unwirtschaftliche Investitionen gefördert. Im Speziellen verursachen zinslose Darlehen wiederum staatlich-bürokratischen Kontrollaufwand.
3.4.2.2, Seite 39	Massive Reduktion der Stützung des Milchmarktes	Milch ist ein international handelbares Massenprodukt, bei dem eine 100%-Selbstversorgung schlicht unsinnig ist. Die Abschaffung der Milchkontingentierung wurde nie konsequent durchgesetzt, sodass eine strukturelle Marktberreinigung bisher nicht wirklich stattgefunden hat.
3.4.3, Seite 40ff.	Massive Reduktion der Direktzahlungen	Mit der Einführung von «Versorgungssicherheitsbeiträgen» in der AP 2014-17 betrieb man beim Bund Begriffspolitik. Ein grosser Teil der allgemeinen DZ wurden einfach in Versorgungssicherheitsbeiträge umetikettiert. Diese Beiträge sind praktisch so pauschal wie die früheren allgemeinen DZ. Die Schweizer Bauern werden so für das gleiche Ziel doppelt

Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		entschädigt, einerseits durch den Grenzschutz und hohe Preise und andererseits durch diese DZ.
Seite 42	Vereinfachung bei Kulturlandschaftsbeiträgen/Hangbeiträgen	Es ist nicht ersichtlich, wie das WBF den administrativen Aufwand senken will, wenn immer noch mehr Verfeinerungen der Beitragsabstufungen eingeführt werden - Beispiel «dritte Hangneigungsstufe». (Achtung: Die Satire lauert gleich um die Ecke).
Seite 42	Klartext reden betreffend Biodiversität	Die schweizerische Intensiv-Landwirtschaft ist grundsätzlich einmal ein massiver Angriff auf die Biodiversität. Kuhweiden/Fettwiesen sind in Sachen Biodiversität, nicht zuletzt auch wegen der mehrmaligen jährlichen Güllerei, artenärmer als viele Grünflächen in einer Stadt. Die Agrarpolitik versucht deshalb, mit Einsatz von finanziellen Anreizen den Schaden zu begrenzen. Effizienter wäre es allerdings, die Agrarproduktion generell um mindestens 20% zu senken (siehe oben).
Seite 43	Abschaffung der Unterstützung besonders naturnaher, umwelt- und tierfreundlicher Produktionsformen	Wenn damit am Markt höhere Preise zu erzielen sind, braucht es keine staatliche Unterstützung. Natürlich sind auch diese Beiträge mit administrativem Kontrollaufwand verbunden.
Seite 44	Abschaffung von Übergangsbeiträgen, sobald dies gesetzlich möglich ist	Staatlich garantierte «Sozialverträglichkeit» als ausschliessliches Privileg des Bauernstandes ist angesichts des Strukturwandels in anderen Branchen der Volkswirtschaft zutiefst unsozial. Übergangsbeiträge werden aus Steuermitteln der übrigen Bevölkerung bezahlt.
4.1.1, Seite 45	Massiver Personalabbau in der Agrarbürokratie	Die Botschaft, die in der AP 2018-21 vorgesehenen Änderungen könnten «mit den bestehenden personellen Ressourcen bewältigt werden», passt gut in den Rahmen dieser Nicht-Reform. Die Unfähigkeit und Unwilligkeit, die Agrarbürokratie abzubauen ist ein weiterer Ausdruck, dass an der bestehenden, ökonomisch und ökologisch äusserst suboptimalen Agrarpolitik nichts geändert werden soll. Eine «sozialverträgliche» Entwicklung - ein diffuses Konzept - hat offenbar ein höheres Gewicht als der Aufbruch zu einer produktiveren Landwirtschaft, was der Bericht des WBF in seinem Schlusssatz bestätigt: «Die Berechnungen zeigen, dass die Produktivität der Schweizer Landwirtschaft mit den vorgeschlagenen Zahlungsrahmen <u>erhalten</u> bleibt und eine sozialverträgliche Entwicklung ermöglicht wird.»

<b>Kapitel, Seite Chapitre, page Capitolo, pagina</b>	<b>Antrag Proposition Richiesta</b>	<b>Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni</b>

